



Pressemitteilung

08. Mai 2014

Fischer, Jäger, Landwirte

Vorige Woche trafen sich in Rendsburg die Präsidenten der Bauern, Fischer und Jäger im Lande. Die Verbände hatten im vergangenen Jahr die sogenannte „Hörnummer Erklärung“ verabschiedet. In dieser Erklärung treten die Verbände gemeinsam für eine nachhaltige und naturverträgliche Nutzung der Ressourcen ein.

Ziel des konstruktiven Gedankenaustausches war, die berechtigten Interessen der Verbandsmitglieder mit dem gebotenen Nachdruck gegenüber der Politik deutlich zu machen, so Bauernverbandspräsident Werner Schwarz. Weiterhin dient das Bündnis, um Landwirte, Fischer und Jäger der gegenseitigen Unterstützung, der Abstimmung von Standpunkten und der Durchführung gemeinsamer Aktionen.

Geschlossen äußerten die Teilnehmer der Verbände teilweise heftige Kritik gegenüber der Kieler Landwirtschafts-, Fischerei- und Jagdpolitik.

Werner Schwarz kritisierte die „Politik per Ordnungsrecht“, die sich beispielsweise beim Dauergrünland- oder Knickerhalt zeige. „Man führt Gespräche, sucht Kompromisse – doch am Ende schwingt der Minister einfach die große Keule und verordnet den Bauern seine Meinung“, so Schwarz.

Peter Ewaldsen, Geschäftsführer der Muschelfischerei erklärte, die Aussagen von Landwirtschaftsminister Robert Habeck seien oft nicht von Sachlichkeit geprägt. Wer die Gesellschaft ernähre, müsse dafür dann auch noch Prügel von der Politik einstecken. Das Ministerium lasse sich von Naturschutzverbänden leiten. Naturnutzer, wie die Fischer, fühlten sich mit unsachlicher Kritik schikaniert. Das Verständnis zwischen den Nutzern und der Politik sei schlechter geworden, die Vertrauensgrundlage weg.

Lorenz Marckwardt, Vorsitzender des Landesfischereiverbandes Schleswig-Holstein, kritisierte die Bestrebungen zur Ausdehnung der Nullnutzung im Nationalpark Wattenmeer und die Schließung des Hafens Friedrichskoog. Damit wird die Infrastruktur im Küstenbereich beeinträchtigt.

Klaus-Hinnerk Baasch, Präsident des Landesjagdverbandes, übernahm die heftige Kritik der Muschelfischer für den jagdlichen Bereich. Minister Habeck führt keine wissenschaftliche Diskussion, so Baasch. Für jagdliche Einschränkungen im Rahmen der Jagd- und Schonzeitenverordnung gebe es keine sachliche Begründung. Die Jägerinnen und Jäger verlieren durch diese rein politischen Entscheidungen erheblich an Handlungsfähigkeit. Mit der neuen Jagd- und Schonzeitenverordnung sei das im Jagdgesetz festgeschriebene Ziel zum Erhalt eines landschaftsökologischen und landeskulturell angepassten Wildbestandes nicht mehr möglich. Die neuen Jagdregelungen gingen am Gedanken einer nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und den Zielen des Naturschutzes deutlich vorbei.

Die Präsidenten der Naturnutzer vereinbarten, Aktionen in Zukunft gegen die Kieler Landespolitik gemeinsam durchzuführen und die Bevölkerung weiterhin mit Sachargumenten aufzuklären.

Weitere Fragen beantwortet Ihnen gerne:

Klaus Dahmke • Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

k.dahmke@bvsh.net

Telefon 0 43 31/12 77-21 • Fax 0 43 31/2 61 05 • Mobil 01 71/ 9 72 73 32

www.bvsh.net

Postanschrift

Postfach 821

24758 Rendsburg